

Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG)

StrEG

Ausfertigungsdatum: 08.03.1971

Vollzitat:

"Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen vom 8. März 1971 (BGBl. I S. 157), das zuletzt durch Artikel 22 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864) geändert worden ist"

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 22 G v. 8.12.2010 I 1864

Fußnote

(+++ Textnachweis Geltung ab: 1.1.1975 +++)

Das G tritt in dem in Art. 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet gem. Anlage I Sachg. C Abschn. III Nr. 6 EinigVtr iVm Art. 1 G v. 23.9.1990 II 885, 959 mit folgender Maßgabe in Kraft:
§§ 16, 18 und 19 sind nicht anzuwenden.
Die Maßgaben sind gem. § 1 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. b DBuchst. dd G v. 19.4.2006 I 866, 891 (BMJMaßgabenBerG) mWv 25.4.2006 nicht mehr anzuwenden.

Eingangsformel

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1 Entschädigung für Urteilsfolgen

(1) Wer durch eine strafgerichtliche Verurteilung einen Schaden erlitten hat, wird aus der Staatskasse entschädigt, soweit die Verurteilung im Wiederaufnahmeverfahren oder sonst, nachdem sie rechtskräftig geworden ist, in einem Strafverfahren fortfällt oder gemildert wird.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend, wenn ohne Verurteilung eine Maßregel der Besserung und Sicherung oder eine Nebenfolge angeordnet worden ist.

§ 2 Entschädigung für andere Strafverfolgungsmaßnahmen

(1) Wer durch den Vollzug der Untersuchungshaft oder einer anderen Strafverfolgungsmaßnahme einen Schaden erlitten hat, wird aus der Staatskasse entschädigt, soweit er freigesprochen oder das Verfahren gegen ihn eingestellt wird oder soweit das Gericht die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen ihn ablehnt.

(2) Andere Strafverfolgungsmaßnahmen sind

1. die einstweilige Unterbringung und die Unterbringung zur Beobachtung nach den Vorschriften der Strafprozeßordnung und des Jugendgerichtsgesetzes,
2. die vorläufige Festnahme nach § 127 Abs. 2 der Strafprozeßordnung,
3. Maßnahmen des Richters, der den Vollzug des Haftbefehls aussetzt (§ 116 der Strafprozeßordnung),
4. die Sicherstellung, die Beschlagnahme, der Arrest nach den §§ 111d und 111o der Strafprozeßordnung sowie die Vermögensbeschlagnahme nach § 111p der Strafprozeßordnung und die Durchsuchung, soweit die Entschädigung nicht in anderen Gesetzen geregelt ist,
5. die vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis,
6. das vorläufige Berufsverbot.

(3) Als Strafverfolgungsmaßnahmen im Sinne dieser Vorschrift gelten die Auslieferungshaft, die vorläufige Auslieferungshaft, die Sicherstellung, die Beschlagnahme und die Durchsuchung, die im Ausland auf Ersuchen einer deutschen Behörde angeordnet worden sind.

§ 3 Entschädigung bei Einstellung nach Ermessensvorschrift

Wird das Verfahren nach einer Vorschrift eingestellt, die dies nach dem Ermessen des Gerichts oder der Staatsanwaltschaft zuläßt, so kann für die in § 2 genannten Strafverfolgungsmaßnahmen eine Entschädigung gewährt werden, soweit dies nach den Umständen des Falles der Billigkeit entspricht.

§ 4 Entschädigung nach Billigkeit

(1) Für die in § 2 genannten Strafverfolgungsmaßnahmen kann eine Entschädigung gewährt werden, soweit dies nach den Umständen des Falles der Billigkeit entspricht,

1. wenn das Gericht von Strafe abgesehen hat,
2. soweit die in der strafgerichtlichen Verurteilung angeordneten Rechtsfolgen geringer sind als die darauf gerichteten Strafverfolgungsmaßnahmen.

(2) Der strafgerichtlichen Verurteilung im Sinne des Absatzes 1 Nr. 2 steht es gleich, wenn die Tat nach Einleitung des Strafverfahrens nur unter dem rechtlichen Gesichtspunkt einer Ordnungswidrigkeit geahndet wird.

§ 5 Ausschluß der Entschädigung

(1) Die Entschädigung ist ausgeschlossen

1. für die erlittene Untersuchungshaft, eine andere Freiheitsentziehung und für die vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis, soweit deren Anrechnung auf die verhängte Strafe unterbleibt,
2. für eine Freiheitsentziehung, wenn eine freiheitsentziehende Maßregel der Besserung und Sicherung angeordnet oder von einer solchen Anordnung nur deshalb abgesehen worden ist, weil der Zweck der Maßregel bereits durch die Freiheitsentziehung erreicht ist,
3. für die vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis und das vorläufige Berufsverbot, wenn die Entziehung der Fahrerlaubnis oder das Berufsverbot endgültig angeordnet oder von einer solchen Anordnung nur deshalb abgesehen worden ist, weil ihre Voraussetzungen nicht mehr vorlagen,
4. für die Beschlagnahme und den Arrest (§§ 111b bis 111d der Strafprozeßordnung), wenn der Verfall oder die Einziehung einer Sache angeordnet oder von einer solchen Anordnung nur deshalb abgesehen worden ist, weil durch den Verfall die Erfüllung eines Anspruchs beseitigt oder gemindert worden wäre, der dem Verletzten aus der Tat erwachsen ist.

(2) Die Entschädigung ist auch ausgeschlossen, wenn und soweit der Beschuldigte die Strafverfolgungsmaßnahme vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht hat. Die Entschädigung wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Beschuldigte sich darauf beschränkt hat, nicht zur Sache auszusagen, oder daß er unterlassen hat, ein Rechtsmittel einzulegen.

(3) Die Entschädigung ist ferner ausgeschlossen, wenn und soweit der Beschuldigte die Strafverfolgungsmaßnahme dadurch schuldhaft verursacht hat, daß er einer ordnungsgemäßen Ladung vor den Richter nicht Folge geleistet oder einer Anweisung nach § 116 Abs. 1 Nr. 1 bis 3, Abs. 3 der Strafprozeßordnung zuwidergehandelt hat.

§ 6 Versagung der Entschädigung

(1) Die Entschädigung kann ganz oder teilweise versagt werden, wenn der Beschuldigte

1. die Strafverfolgungsmaßnahme dadurch veranlaßt hat, daß er sich selbst in wesentlichen Punkten wahrheitswidrig oder im Widerspruch zu seinen späteren Erklärungen belastet oder wesentliche entlastende Umstände verschwiegen hat, obwohl er sich zur Beschuldigung geäußert hat, oder
2. wegen einer Straftat nur deshalb nicht verurteilt oder das Verfahren gegen ihn eingestellt worden ist, weil er im Zustand der Schuldunfähigkeit gehandelt hat oder weil ein Verfahrenshindernis bestand.

(2) Die Entschädigung für eine Freiheitsentziehung kann ferner ganz oder teilweise versagt werden, wenn das Gericht die für einen Jugendlichen geltenden Vorschriften anwendet und hierbei eine erlittene Freiheitsentziehung berücksichtigt.

§ 7 Umfang des Entschädigungsanspruchs

(1) Gegenstand der Entschädigung ist der durch die Strafverfolgungsmaßnahme verursachte Vermögensschaden, im Falle der Freiheitsentziehung auf Grund gerichtlicher Entscheidung auch der Schaden, der nicht Vermögensschaden ist.

(2) Entschädigung für Vermögensschaden wird nur geleistet, wenn der nachgewiesene Schaden den Betrag von fünfundzwanzig Euro übersteigt.

(3) Für den Schaden, der nicht Vermögensschaden ist, beträgt die Entschädigung 25 Euro für jeden angefangenen Tag der Freiheitsentziehung.

(4) Für einen Schaden, der auch ohne die Strafverfolgungsmaßnahme eingetreten wäre, wird keine Entschädigung geleistet.

§ 8 Entscheidung des Strafgerichts

(1) Über die Verpflichtung zur Entschädigung entscheidet das Gericht in dem Urteil oder in dem Beschluß, der das Verfahren abschließt. Ist die Entscheidung in der Hauptverhandlung nicht möglich, so entscheidet das Gericht nach Anhörung der Beteiligten außerhalb der Hauptverhandlung durch Beschluß.

(2) Die Entscheidung muß die Art und gegebenenfalls den Zeitraum der Strafverfolgungsmaßnahme bezeichnen, für die Entschädigung zugesprochen wird.

(3) Gegen die Entscheidung über die Entschädigungspflicht ist auch im Falle der Unanfechtbarkeit der das Verfahren abschließenden Entscheidung die sofortige Beschwerde nach den Vorschriften der Strafprozeßordnung zulässig. § 464 Abs. 3 Satz 2 und 3 der Strafprozeßordnung ist entsprechend anzuwenden.

§ 9 Verfahren nach Einstellung durch die Staatsanwaltschaft

(1) Hat die Staatsanwaltschaft das Verfahren eingestellt, so entscheidet das Amtsgericht am Sitz der Staatsanwaltschaft über die Entschädigungspflicht. An die Stelle des Amtsgerichts tritt das Gericht, das für die Eröffnung des Hauptverfahrens zuständig gewesen wäre, wenn

1. die Staatsanwaltschaft das Verfahren eingestellt hat, nachdem sie die öffentliche Klage zurückgenommen hat,
2. der Generalbundesanwalt oder die Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht das Verfahren in einer Strafsache eingestellt hat, für die das Oberlandesgericht im ersten Rechtszug zuständig ist.

Die Entscheidung ergeht auf Antrag des Beschuldigten. Der Antrag ist innerhalb einer Frist von einem Monat nach Zustellung der Mitteilung über die Einstellung des Verfahrens zu stellen. In der Mitteilung ist der Beschuldigte über sein Antragsrecht, die Frist und das zuständige Gericht zu belehren. Die Vorschriften der §§ 44 bis 46 der Strafprozeßordnung gelten entsprechend.

(2) Gegen die Entscheidung des Gerichts ist die sofortige Beschwerde nach den Vorschriften der Strafprozeßordnung zulässig.

(3) War die Erhebung der öffentlichen Klage von dem Verletzten beantragt, so ist über die Entschädigungspflicht nicht zu entscheiden, solange durch einen Antrag auf gerichtliche Entscheidung die Erhebung der öffentlichen Klage herbeigeführt werden kann.

§ 10 Anmeldung des Anspruchs, Frist

(1) Ist die Entschädigungspflicht der Staatskasse rechtskräftig festgestellt, so ist der Anspruch auf Entschädigung innerhalb von sechs Monaten bei der Staatsanwaltschaft geltend zu machen, welche die Ermittlungen im ersten Rechtszug zuletzt geführt hat. Der Anspruch ist ausgeschlossen, wenn der Berechtigte es schuldhaft versäumt hat, ihn innerhalb der Frist zu stellen. Die Staatsanwaltschaft hat den Berechtigten über sein Antragsrecht und die Frist zu belehren. Die Frist beginnt mit der Zustellung der Belehrung.

(2) Über den Antrag entscheidet die Landesjustizverwaltung. Eine Ausfertigung der Entscheidung ist dem Antragsteller nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung zuzustellen.

§ 11 Ersatzanspruch des kraft Gesetzes Unterhaltsberechtigten

(1) Außer demjenigen, zu dessen Gunsten die Entschädigungspflicht der Staatskasse ausgesprochen worden ist, haben die Personen, denen er kraft Gesetzes unterhaltspflichtig war, Anspruch auf Entschädigung. Ihnen ist insoweit Ersatz zu leisten, als ihnen durch die Strafverfolgungsmaßnahme der Unterhalt entzogen worden ist.

(2) Sind Unterhaltsberechtigte bekannt, so soll die Staatsanwaltschaft, bei welcher der Anspruch geltend zu machen ist, sie über ihr Antragsrecht und die Frist belehren. Im übrigen ist § 10 Abs. 1 anzuwenden.

§ 12 Ausschluß der Geltendmachung der Entschädigung

Der Anspruch auf Entschädigung kann nicht mehr geltend gemacht werden, wenn seit dem Ablauf des Tages, an dem die Entschädigungspflicht rechtskräftig festgestellt ist, ein Jahr verstrichen ist, ohne daß ein Antrag nach § 10 Abs. 1 gestellt worden ist.

§ 13 Rechtsweg, Beschränkung der Übertragbarkeit

(1) Gegen die Entscheidung über den Entschädigungsanspruch ist der Rechtsweg gegeben. Die Klage ist innerhalb von drei Monaten nach Zustellung der Entscheidung zu erheben. Für die Ansprüche auf Entschädigung sind die Zivilkammern der Landgerichte ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes ausschließlich zuständig.

(2) Bis zur rechtskräftigen Entscheidung über den Antrag ist der Anspruch nicht übertragbar.

§ 14 Nachträgliche Strafverfolgung

(1) Die Entscheidung über die Entschädigungspflicht tritt außer Kraft, wenn zuungunsten des Freigesprochenen die Wiederaufnahme des Verfahrens angeordnet oder wenn gegen den Berechtigten, gegen den das Verfahren eingestellt worden war oder gegen den das Gericht die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt hatte, nachträglich wegen derselben Tat das Hauptverfahren eröffnet wird. Eine bereits geleistete Entschädigung kann zurückgefordert werden.

(2) Ist zuungunsten des Freigesprochenen die Wiederaufnahme beantragt oder sind gegen denjenigen, gegen den das Verfahren eingestellt worden war oder gegen den das Gericht die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt hatte, die Untersuchung oder die Ermittlungen wiederaufgenommen worden, so kann die Entscheidung über den Anspruch sowie die Zahlung der Entschädigung ausgesetzt werden.

§ 15 Ersatzpflichtige Kasse

(1) Ersatzpflichtig ist das Land, bei dessen Gericht das Strafverfahren im ersten Rechtszug anhängig war oder, wenn das Verfahren bei Gericht noch nicht anhängig war, dessen Gericht nach § 9 Abs. 1 über die Entschädigungspflicht entschieden hat.

(2) Bis zum Betrag der geleisteten Entschädigung gehen die Ansprüche auf die Staatskasse über, welche dem Entschädigten gegen Dritte zustehen, weil durch deren rechtswidrige Handlungen die Strafverfolgungsmaßnahme herbeigeführt worden war. Der Übergang kann nicht zum Nachteil des Berechtigten geltend gemacht werden.

§ 16 Übergangsvorschriften

Ist vor Inkrafttreten dieses Gesetzes das Verfahren eingestellt oder der Beschuldigte außer Verfolgung gesetzt worden oder ist die Hauptverhandlung, in welcher die der Entscheidung über die Entschädigungspflicht zugrunde liegenden tatsächlichen Feststellungen letztmals geprüft werden konnten, vor diesem Zeitpunkt beendet worden, so sind die bisherigen Vorschriften anzuwenden. Dies gilt nicht für die darin enthaltenen Beschränkungen auf Höchstbeträge. Ist bei Inkrafttreten dieses Gesetzes über die Höhe des Entschädigungsanspruchs bereits gerichtlich oder außergerichtlich bestimmt worden, so hat es dabei sein Bewenden. Dies gilt nicht für wiederkehrende Leistungen, soweit sie nach Inkrafttreten dieses Gesetzes fällig werden.

§ 16a Entschädigung für die Folgen einer rechtskräftigen Verurteilung, einer freiheitsentziehenden oder anderen vorläufigen Strafverfolgungsmaßnahme in der Deutschen Demokratischen Republik

Die §§ 1 und 2 finden keine Anwendung auf die Folgen einer strafgerichtlichen Verurteilung, einer Maßregel oder Nebenfolge oder einer freiheitsentziehenden oder anderen vorläufigen Strafverfolgungsmaßnahme, die vor dem Wirksamwerden des Beitritts in der Deutschen Demokratischen Republik erfolgte oder angeordnet wurde. Die Voraussetzungen der Entschädigung für diese Folgen richten sich nach den bis zu diesem Zeitpunkt in der Deutschen Demokratischen Republik geltenden Vorschriften über die Entschädigung für Untersuchungshaft und Strafen mit Freiheitsentzug (§§ 369ff. der Strafprozeßordnung der Deutschen Demokratischen Republik), soweit nicht eine Rehabilitierung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz erfolgt oder ein Kassationsverfahren nach den vom 3. Oktober 1990 bis zum Inkrafttreten des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes geltenden Vorschriften abgeschlossen ist. Für Art und Höhe der Entschädigung gelten die Vorschriften des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes entsprechend.

§ 17 (weggefallen)

-

§§ 18 und 19 (weggefallen)

§ 20 (weggefallen)

-

§ 21 (weggefallen)

-

ภาคผนวก ข

คำแปล

กฎหมายเกี่ยวกับค่าทดแทนสำหรับการฟ้องร้อง (StrEG)

วันที่ร่าง: 08/03/1971

ชื่อเต็ม: “กฎหมายเกี่ยวกับค่าทดแทนจากการฟ้องร้องฉบับวันที่ 8 มีนาคม 1971 (ประมวลกฎหมายแพ่ง S.157), ปรับปรุงครั้งล่าสุดมาตรา 22 เมื่อวันที่ 8 ธันวาคม 2010”

สถานะ: ปรับปรุงล่าสุดที่มาตรา 22 เมื่อวันที่ 8 ธันวาคม 2010 หน้า 1864

เชิงอรรถ:

คำปรารภแห่งบทกฎหมาย

รัฐสภาได้ลงมติเห็นชอบในกฎหมายดังนี้:

มาตรา 1 ค่าทดแทนสำหรับผลจากบทลงโทษ

- (1) ผู้ที่ต้องรับผลจากการถูกตัดสินลงโทษตามกฎหมายจะได้รับการทดแทนจากกระทรวงการคลัง ตราบเท่าที่บทลงโทษนั้นยังสามารถพิจารณาบทลงโทษใหม่ได้หรือเป็นอื่น หลังจากบทลงโทษมีผลบังคับใช้แล้ว ค่าทดแทนในข้างต้นจะถูกระงับหรือลดลงในกระบวนการพิจารณาต่อไป
- (2) ย่อหน้าแรกจะใช้ได้อย่างเหมาะสม เมื่อมีการบังคับใช้มาตรการการป้องกันอาชญากรรมและปฏิรูปผู้กระทำผิดหรือผลข้างเคียงอื่นๆ นอกเหนือไปจากบทลงโทษ

มาตรา 2 ค่าทดแทนสำหรับการฟ้องร้องอื่นๆ

- (1) ผู้ที่ต้องถูกคุมขังหรือรับผลจากการฟ้องร้องอื่นๆ จะได้รับการทดแทนจากกระทรวงการคลัง ตราบเท่าที่โทษนั้นยังสามารถพ้นโทษหรือเข้าสู่กระบวนการอุทธรณ์ได้ หรือจนกว่าศาลจะยกเลิกการพิจารณาคดีคัดค้านบทลงโทษนั้นอย่างเปิดเผย
- (2) การฟ้องร้องอื่นๆ นั้นคือ
 1. ข้อผูกมัดชั่วคราวหรือข้อผูกมัดที่เกี่ยวกับการถูกสังเกตการณ์ตามคำสั่งของประมวลกฎหมายอาญาและกฎหมายศาลเด็กและเยาวชน
 2. การจับกุมตัวชั่วคราวตามมาตรา 127 ย่อหน้า 2 ของประมวลกฎหมายอาญา
 3. การกระทำของผู้พิพากษาที่ระงับคำสั่งของหมายจับไว้ (มาตรา 116 ประมวลกฎหมายอาญา)
 4. การคุ้มครอง, การกักตัว, การจับกุมตามมาตรา 111d และ 111c ของประมวลกฎหมายอาญา เช่นเดียวกับการอายัดทรัพย์สินตามมาตรา 111p ของประมวลกฎหมายอาญาและการค้นตัว ตราบเท่าที่ค่าทดแทนนั้นไม่ถูกบัญญัติไว้ในกฎหมายฉบับอื่น
 5. การเพิกถอนใบขับขี่ชั่วคราว
 6. การสั่งห้ามทำงานชั่วคราว

(3) ที่จัดว่าเป็นการฟ้องร้องตามเจตนาแห่งกฎหมายข้อนี้ได้แก่ การส่งตัวผู้ร้ายข้ามแดน, การคุมขังชั่วคราวระหว่างการส่งผู้ร้ายข้ามแดน, การคุ้มครอง, การกักตัว และการคืนตัว ซึ่งในต่างประเทศถูกจัดว่าเป็นการร้องขอจากหน่วยงานเยอรมัน

มาตรา 3 ค่าทดแทนจากการตั้งตามระเบียบการพิจารณา

กระบวนการจะมีการตั้งขึ้นตามระเบียบซึ่งเป็นไปตามการพิจารณาของศาลหรือสำนักงานอัยการของรัฐ จึงสามารถอนุมัติค่าทดแทนจากการฟ้องร้องที่กล่าวถึงในมาตราที่ 2 ได้ครบเท่าที่ยังสอดคล้องตามปัจจัยแวดล้อมของกรณีเรื่องความยุติธรรม

มาตรา 4 ค่าทดแทนตามความยุติธรรม

(1) สำหรับการฟ้องร้องตามที่ปรากฏในมาตราที่ 2 จะสามารถอนุมัติค่าทดแทนได้ ครบเท่าที่ยังสอดคล้องตามปัจจัยแวดล้อมของกรณีความยุติธรรมคือ

1. เมื่อศาลได้ศาลการณ์บทลงโทษไว้แล้ว

2. ครบเท่าที่ผลการตัดสินตามกฎหมายในเรื่องบทลงโทษนั้นต่ำกว่าการฟ้องร้องตามกฎหมาย

(2) บทลงโทษตามเจตนาของย่อหน้าแรกข้อ 2 จะเทียบเท่าเมื่อการกระทำนั้นถูกลงโทษตามคำสั่งของกระบวนการลงโทษตามกฎหมายของการละเมิด

มาตรา 5 การยกเว้นค่าทดแทน

(1) ค่าทดแทนนั้นจะถูยกเว้น

1. การถูกคุมขัง, การถูกจำกัดเสรีภาพรูปแบบอื่นๆ และการเพิกถอนใบขับขีชั่วคราว ครบเท่าที่ใบนั้นยังถูกระงับและมีโทษอยู่

2. การถูกคุมขัง ถ้าเป็นคำสั่งกักขังของมาตรการป้องกันอาชญากรรมและปฏิรูปผู้กระทำผิด หรือคำสั่งคล้ายกันเท่านั้นที่จะถูยกเว้น เพราะได้บรรลุวัตถุประสงค์ของกฎหมายตามกฎหมายการจำกัดเสรีภาพแล้ว

3. การถูกระงับใบขับขีชั่วคราว และสั่งห้ามทำงานชั่วคราว เมื่อมีคำสั่งให้การเพิกถอนใบขับขีหรือห้ามทำงานเป็นอันสิ้นสุดหรือจากที่คล้ายกันเท่านั้นจึงจะถูยกเว้น เพราะไม่ตรงตามเงื่อนไขแล้ว

4. สำหรับการกักตัวและการจับกุม (มาตรา 111b ถึง 111d ตามประมวลกฎหมายอาญา) เมื่อหมดอายุความหรือการยึดสิ่งของหรือจากคำสั่งคล้ายกันเท่านั้นจึงจะถูยกเว้น เพราะข้อเรียกร้องนั้นถูกละเลิกหรือลดลงเนื่องจากการหมดอายุความแล้ว ซึ่งความเสียหายจากผู้กระทำนั้นถือเป็นสิ้นสุดแล้ว

(2) ค่าทดแทนจะถูยกเว้นเช่นกัน เมื่อและครบเท่าที่จำเลยโดยเจตนาหรือไม่เจตนาเป็นเหตุให้เกิดการฟ้องร้อง ค่าทดแทนจะไม่ถูยกเว้นเมื่อจำเลยพิสูจน์ว่าไม่เกี่ยวข้องกับคดีหรือได้รับสิทธิอุทธรณ์

(3) ค่าทดแทนจะถูกยกเว้นยาว เมื่อและตราบเท่าที่จำเลยเป็นเหตุอันน่าตำหนิแก่การฟ้องร้อง คือ จำเลยไม่ปฏิบัติตามคำสั่งหรือคำตัดสินของผู้พิพากษามาตรา 116 ย่อหน้าแรกข้อ 1 ถึง 3 แะเย่ย่อหน้า 3 ของประมวลกฎหมายอาญา

มาตรา 6 การปฏิเสธค่าทดแทน

(1) ค่าทดแทนสามารถถูกปฏิเสธได้ทั้งหมดหรือบางส่วนเมื่อจำเลย

1. มีการจัดการเรื่องการฟ้องร้องคือตัวจำเลยบิดเบือนความจริงในประเด็นสำคัญ หรือกลับคำให้การในตอนท้ายหรือทำให้ปัจจัยแวดล้อมที่สำคัญมีความยากลำบากมากขึ้น แม้ว่าจำเลยจะแสดงออกถึงข้อกล่าวหาของตนก็ตาม หรือ

2. เนื่องจากความผิดทางอาญาไม่ถูกลงโทษ หรือมีการดำเนินกระบวนการคัดค้านจำเลย เพราะจำเลยมีการกระทำที่ไร้ศักยภาพในการก่ออาชญากรรม หรือเพราะมีอุปสรรคในการดำเนินการตามกฎหมาย

(2) ค่าทดแทนสำหรับการถูกคุมขัง สามารถถูกปฏิเสธทั้งหมดหรือบางส่วนได้ เมื่อศาลให้กฎหมายสำหรับเด็กและเยาวชน และส่วนนี้จะพิจารณาถึงการจำกัดเสรีภาพด้วย

มาตรา 7 ขอบเขตของการเรียกร้องค่าทดแทน

(1) ประเด็นเรื่องค่าทดแทนนั้นเป็นเหตุของการสูญเสียทรัพย์สินด้วยการฟ้องร้อง ในกรณีของการคุมขังก็จะเป็นความเสียหายที่ไม่ใช่ทางทรัพย์สินอันเนื่องมาจากการตัดสินใจทางกฎหมายเช่นกัน

(2) ค่าทดแทนของความเสียหายทางทรัพย์สินจะทำได้ก็ต่อเมื่อพิสูจน์ได้ว่าความเสียหายมีมูลค่าตั้งแต่ 25 ยูโรขึ้นไป

(3) สำหรับความเสียหายอันไม่ได้เกิดแก่ทรัพย์สิน จำนวนเงินค่าทดแทนจะอยู่ที่ 25 ยูโรต่อวันเริ่มนับจากวันที่ถูกคุมขัง

(4) สำหรับความเสียหายที่ไม่ได้มีส่วนในการฟ้องร้องจะไม่มีค่าทดแทนให้

มาตรา 8 การตัดสินใจบทลงโทษ

(1) เกี่ยวกับหน้าที่เรื่องค่าทดแทนศาลจะเป็นผู้ตัดสินใจในการพิพากษาหรือคำสั่งศาล ซึ่งถูกกำกับในกระบวนการพิจารณาคดี การตัดสินใจในระหว่างกระบวนการพิจารณาคดีเป็นไปได้ ดังนั้นศาลจะตัดสินใจหลังการเปิดให้ผู้เกี่ยวข้องเข้าฟังหลังจากกระบวนการพิจารณาคดีไปแล้วผ่านทางคำสั่งศาล

(2) การตัดสินใจต้องกำหนดประเภทและภายในกรอบเวลาของการฟ้องร้องสำหรับค่าทดแทน

(3) การดำเนินการตัดสินเรื่องภาระค่าทดแทน ยังมีกรณีของการที่ไม่สามารถโต้แย้งคำพิพากษา ซึ่งสามารถร้องเรียนได้ทันทีตามมาตรา 464 ย่อหน้า 3 ประโยคที่ 2 และ 3 ตามประมวลกฎหมายอาญาตามความเหมาะสม

มาตรา 9 กระบวนการตามการกำหนดของสำนักงานอัยการของรัฐ

(1) สำนักงานอัยการของรัฐมีการจัดตั้งกระบวนการ ศาลท้องถิ่นจะเป็นผู้ตัดสินเรื่องภาระค่าทดแทนในนามของอัยการของรัฐ ศาลจะเข้ามาแทนที่ศาลท้องถิ่นที่ทำหน้าที่ในการไต่สวนเมื่อ

1. สำนักงานอัยการของรัฐมีการจัดตั้งกระบวนการหลังจากที่ถอนตัวจากการไต่สวน
2. อัยการสูงสุดหรือสำนักงานอัยการของรัฐกับศาลอุทธรณ์ทำการกำหนดการพิจารณาคดีอาชญากรรมสำหรับศาลอุทธรณ์ในการดำเนินการทางกฎหมาย การตัดสินจะส่งต่อไปยังคำร้องของจำเลย คำร้องนั้นต้องยื่นภายในระยะเวลา 1 เดือนหลังการออกคำสั่งศาลเรื่องการกำหนดกระบวนการพิจารณา ในคำสั่งนั้นจำเลยจะได้รับแจ้งถึงสิทธิในการยื่นคำร้อง, กรอบเวลา และศาลที่รับผิดชอบ สอดคล้องตามมาตรา 44-46 ของประมวลกฎหมายอาญา

(2) ตรงข้ามกับการตัดสินของศาลคือการร้องเรียน โดยทันทีซึ่งเป็นที่ยอมรับได้ตามประมวลกฎหมายอาญา

(3) หากมีการยกระดับการไต่สวนสาธารณะจากฝ่ายโจทก์ จะไม่มีการตัดสินเรื่องค่าทดแทนตราบเท่าที่ยังสามารถทำให้เกิดการยกระดับการไต่สวนผ่านคำร้องตามการตัดสินทางกฎหมายได้

มาตรา 10 การยื่นข้อเรียกร้อง, กรอบเวลา

(1) ภาระค่าทดแทนของกระทรวงการคลังกำหนดโดยอำนาจทางกฎหมาย ดังนั้นการทำเรื่องร้องขอค่าทดแทนไปยังสำนักงานอัยการของรัฐภายในเวลา 6 เดือนจึงสามารถทำได้ ซึ่งถูกกำหนดไว้ในตอนท้ายสุดของการพิพากษาในศาลชั้นต้น คำร้องจะถูกยกเว้นเมื่อการเรียกร้องสิทธินั้นไม่กระทำภายในกรอบเวลาที่กำหนด สำนักงานอัยการของรัฐต้องแจ้งในเรื่องการเรียกร้องเกี่ยวกับสิทธิในการเรียกร้องและกรอบของเวลา โดยกำหนดเวลาจะเริ่มนับเมื่อได้มีการแจ้งออกไปแล้ว

(2) หน่วยงานด้านความยุติธรรมของรัฐเป็นผู้ตัดสินเรื่องคำร้อง การร่างคำพิพากษานั้นใบคำร้องต้องเป็นไปตามข้อบังคับของประมวลกฎหมายแพ่ง

มาตรา 11 การเรียกร้องค่าชดเชยตามสิทธิของบุคคลตามกฎหมาย

(1) นอกจากภาระค่าทดแทนของกระทรวงการคลังแล้ว ยังมีกลุ่มคนอีกหนึ่งกลุ่มที่มีอำนาจตามกฎหมายโดยมีหน้าที่ในการดูแลรักษา ซึ่งรวมถึงข้อเรียกร้องถึงค่าทดแทนด้วย กลุ่มนี้ยังครอบคลุมถึงค่าชดเชย การดูแลรักษานั้นจะถูกเพิกถอนได้จากการฟ้องร้อง

(2) บุคคลที่มีสิทธิในการจัดการทรัพย์สินนั้นเป็นที่รู้จักดี ดังนั้นสำนักงานอัยการของรัฐ ซึ่งเป็นผู้ทำให้อัยการร้องนั้นมีผลควรจะให้ข้อมูลเกี่ยวกับสิทธิในการเรียกร้องและกรอบเวลา หรือก็คือการใช้มาตรา 10 ย่อหน้าแรก

มาตรา 12 ข้อยกเว้นของการทำค่าทดแทนให้มีผล

ข้อเรียกร้องเรื่องค่าทดแทนจะไม่มีผลอีกต่อไปเมื่อเลยวันที่กำหนดไปแล้ว ซึ่งเป็นตัวกำหนดการระค่าทดแทนเอาไว้ตามอำนาจทางกฎหมายว่ายื่นข้อเรียกร้องภายใน 1 ปี หรือตามมาตรา 10 ย่อหน้าแรก

มาตรา 13 กระบวนการทางกฎหมาย, ข้อจำกัดของการถ่ายโอน

- (1) ตรงข้ามกับการตัดสินเรื่องข้อเรียกร้องค่าทดแทนก็คือกระบวนการทางกฎหมาย กระบวนการนั้นจะเกิดขึ้นภายใน 3 เดือนหลังการแจ้งผลการพิพากษา สำหรับข้อเรียกร้องเรื่องค่าทดแทนเป็นความรับผิดชอบในส่วนทางแพ่งของศาลท้องถิ่น
- (2) การร้องขอจะถ่ายโอนไม่ได้จนกว่าจะมีการตัดสินทางกฎหมายเรื่องข้อเรียกร้อง

มาตรา 14 การฟ้องร้องย้อนหลัง

- (1) การตัดสินเกี่ยวกับภาระค่าทดแทนอยู่นอกเหนือจากอำนาจ เมื่อการไต่สวนอีกครั้งเรื่องการปล่อยตัวทำให้เสียเปรียบ หรือเมื่อการเรียกร้องสิทธินั้นขัดต่อกระบวนการหรือขัดต่อคำพิพากษาของศาล เนื่องจากการกระทำเหล่านั้นจะต้องเปิดกระบวนการไต่สวนขึ้นย้อนหลัง ค่าทดแทนที่ถูกจ่ายไปก่อนหน้านี้สามารถถูกเรียกคืนได้เช่นกัน
- (2) หากการพิจารณาคดีใหม่ทำให้มีความเสียเปรียบในการปล่อยตัวหรือขัดแย้งต่อกระบวนการที่ใช้หรือปฏิเสธกระบวนการไต่สวนของศาลจะต้องมีการสืบสวนหรือกำหนดขึ้นใหม่ เพื่อให้การตัดสินกำหนดเรื่องข้อร้องเรียน เช่นเดียวกับยอดค่าทดแทนได้

มาตรา 15 เงินชดเชยค่าเสียหาย

- (1) ภาระในการชดเชยค่าเสียหายเป็นของรัฐ ซึ่งศาลจะอยู่ระหว่างการดำเนินการพิจารณาโทษในศาลชั้นต้น หรือหากกระบวนการนั้นไม่อยู่ระหว่างการดำเนินการโดยศาล ศาลจะตัดสินตามมาตรา 9 ย่อหน้าแรกเรื่องภาระค่าทดแทน
- (2) ข้อเรียกร้องจะอยู่ที่กระทรวงการคลังจนกว่าจะได้ยอดค่าทดแทนที่เหมาะสม ซึ่งกระทรวงการคลังมีอำนาจตามกฎหมายเรื่องค่าทดแทนคานากับบุคคลที่ 3 เพราะตามกระบวนการ

ข้างต้นการฟ้องร้องทำให้เกิดข้อบ่งชี้ การเปลี่ยนแปลงจะต้องไม่ทำให้เกิดข้อเสียเปรียบแก่ผู้เรียกร้องสิทธิอันชอบธรรม

มาตรา 16 ระเบียบการเปลี่ยนแปลง

กระบวนการถูกตั้งขึ้นภายใต้อำนาจของกฎหมายนี้ หรือจากจำเลยที่ไม่ถูกติดตามอยู่ หรือการไต่สวนหลักซึ่งคำแถลงที่ปูทางถึงการตัดสินเรื่องค่าทดแทนครั้งก่อนสามารถพิสูจน์ได้ว่าจบลงก่อนช่วงเวลานี้ ดังนั้นจะใช้กฎหมายนี้จนถึงปัจจุบัน ข้อนี้จะไม่ใช้ไม่ได้กับข้อจำกัดเรื่องเงินที่ยอดสูงเนื่องจากภายใต้อำนาจของกฎหมายเรื่องข้อร้องเรียนค่าทดแทนที่สูงเกินไปตามศาล หรือกำหนดนอกศาลก็ได้ ดังนั้นจึงจะสรุปส่วนนี้ใช้ไม่ได้กับบริการย้อนหลังตราบเท่าที่ยังอยู่ในกรอบอำนาจของกฎหมายนี้

มาตรา 16a ค่าทดแทนสำหรับผลจากบทลงโทษตามอำนาจกฎหมาย, กักขัง หรือการฟ้องร้องชั่วคราวในเยอรมันตะวันออก

มาตรา 1 และ 2 ใช้ไม่ได้กับผลของการลงโทษทางกฎหมาย, กฎระเบียบ หรือผลข้างเคียง หรือการกักขัง หรือการฟ้องร้องชั่วคราวอื่นๆ ซึ่งกระทำหรือสั่งการจากการใช้อำนาจโดยเยอรมันตะวันออกเงื่อนไขเรื่องค่าทดแทนสำหรับกรณีเหล่านี้ตัดสินในช่วงเวลานั้นๆของเยอรมันตะวันออก ตามกฎหมายเกี่ยวกับค่าทดแทนสำหรับการถูกคุมขัง และโทษการจำกัดเสรีภาพ (มาตรา 369ff ประมวลกฎหมายอาญาของเยอรมันตะวันออก) ตราบเท่าที่ไม่มีการเยียวยาตามกฎหมาย การเยียวยาหรือกลับคำพิพากษาหลังวันที่ 3 ตุลาคม 1991 จนถึงภายใต้อำนาจของบทลงโทษของกฎหมายการเยียวยา จะยกเว้นจากกฎหมายที่ใช้อยู่นี้ สำหรับประเภทและจำนวนของค่าทดแทนต้องถือว่าสอดคล้องกับกฎหมายบทลงโทษของกฎหมายเยียวยา

ภาคผนวก ข

สรุปการช่วยเหลือทางการเงินแก่ผู้เสียหายและจำเลยในคดีอาญา